

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kollegen,

eigentlich wollte ich ja beim Herantreten an das Rednerinnenpult über einen imaginären Tigerkopf stolpern - Sie wissen schon - *Same Procedure as every year* aber keine Angst, ich werde Herrn Wedrins auch nicht als Mister Pommeroy anreden.

Aber in gewisser Weise ist das schon hier so ein regelmäßig wiederkehrendes Ritual. Nun gut, die Regelmäßigkeit hat ja auch Ihr Gutes, zeigt es doch daß sich die Stadt bzw. der Haushalt in geregelten Bahnen bewegt und nicht willkürlicher Beliebigkeit oder spontanen Eingebungen Einzelner unterworfen ist.

Gleichwohl ist bei solchen Veranstaltungen häufig eine stereotype Wortwahl zu verzeichnen, die sowohl den inneren Kreis wie auch die Bürger zum Teil ermüdet.

Die, welche einen Haushalt einbringen, bringen oft Worte wie

„solide“,

„klar strukturiert“,

„seriös durchgerechnet“,

„die Hausaufgaben sind gemacht“

und der politische Gegner muß dann so Sachen sagen wie
„*Milchmädchenrechnung*“, gibt es überhaupt noch Milchmädchen
(?) und – Frau Müller - müßten wir nicht auch gegendert mal
Milchjungenrechnungen sagen,
andere Angriffsworte sind

*Mogelpackung, Schaufensterantrag und **populistisch**,*

man kann es manchmal nicht mehr hören und ich werde mir nun also
Mühe geben, diese abgenudelten Stereotype zu vermeiden.

Nun zum eigentlichen Haushalt:

Mit diesem neuen Doppelhaushalt erreichen wir Zahlengrößen, die
uns vor wenigen Jahren noch in weiter Ferne erschienen. So beträgt
jetzt der Etat in 2017 426 Mio. EUR, in 2018 440 Mio. Euro, das
bedeutet, daß wir in unserer Stadt mit etwas über 130.000 Einwohnern
über zwei Jahre hinweg auf den enormen Betrag von 866 Mio. EUR
vorstoßen – sowohl bei den Ausgaben – aber auch erfreulicherweise
bei den Einnahmen.

Warum Doppelhaushalt? Bei stabilen HH-Verhältnissen macht es
schon Sinn, einen Doppelhaushalt für zwei Jahre in Angriff zu

nehmen. Wir als Ratspolitiker sehen dabei die heftige, aber relativ kurze Beratungsphase, wir übersehen dabei aber manchmal, welche Kapazitäten der gesamten Verwaltung über fast das ganze Jahr hinweg in die jeweilige Haushaltsvorbereitung für das nächste Jahr gesteckt wird. Das sind viele Fraujahre, die in diesem Jahr für andere notwendige Dinge verwandt werden können.

Insgesamt ist unserem Kämmerer Hans-Peter Suermann in seinem 25. Haushalt gelungen (von hier aus Gratulation zu diesem Jubiläum), zusammen mit Herrn Fuchs ein ausgewogenes Zahlenpaket vorzulegen. Hierfür bedanken wir uns ausdrücklich.

Seitens des Landes wurden und werden uns im Haushalt Probleme bereitet, indem nach wie vor nicht genügend Mittel für die Betreuung der Migranten bereit gestellt werden. Von den benötigten 15.000,- € je Jahr und Person sind dies eben nur 10.000,- €, was durch die Stadt ausgeglichen werden muß. Hier läßt uns das Land im Regen stehen und es gilt seitens der Verwaltung und der kommunalen Spitzenverbände, dem energisch entgegen zu wirken

Ferner sind zwischen der schwarz roten Bundesregierung und den Ländern Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber abgesprochen, wodurch z.B. Göttingen entlastet werden könnte, allerdings weigert sich Niedersachsen dieses durchzuführen. (Wir haben Kostenträgerschaft für soziale Sicherungssysteme.)

Wir haben uns vor Jahren in die Doppik gestürzt, insgesamt erfolgreich, weil sich heute ein realistischeres Vermögensbild ergibt als zu kameralistischen Zeiten.

Prinzipiell verfechten auch wir dieselben drei Schwerpunkte, die der Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede genannt hat – das sind:

Bildung und Betreuung,
Bauland und Wohnungsbau sowie die ganze
Breite des Kulturbereichs.

Allerdings haben nicht erst die Haushaltsberatungen gezeigt, daß wir innerhalb dieser Hauptarbeitsbereiche deutlich unterschiedliche Wege gehen wollen

Stichwort **Bildung und Betreuung**

Hier enden nun in wichtigen Teilen die Gemeinsamkeiten, als erster wichtiger Punkt ist der **Bereich Schule** zu nennen:

Im Bildungsbereich beklagen wir, daß die einst auch von rot-grünen Ratspolitikern so hochgelobte bunte Schullandschaft auf die letzten verbleibenden Modelle IGS und Gymnasien eingedampft worden ist.

Aus Bunt wird also Schwarz – Weiß, wobei Bunt im Mittelhochdeutschen ja genau das bedeutet, - denken Sie an die schwarz bunten Kühe - aber Kuh beiseite – ich mache solche Einschübe nur, um Sie bei der Sprechfahne zu halten.

Um nun gegen ein altes Vorurteil gegenüber der CDU aufzutreten, erkläre ich hier noch einmal ausdrücklich: Es geht nicht darum, durch modifizierte Schultypen eine soziale Klassentrennung zu betonen.

Nicht wir sind es gewesen, welche das Ansehen der damaligen Hauptschulen so heruntergeritten haben. Und gerade jetzt, wo Sie, liebe Fraktionen von SPD und Grünen, die Hauptschulen bzw. Oberschulen auslaufen lassen, könnten wir diese und ihre speziell geschulten Lehrkräfte besonders gut für die Flüchtlingsintegration brauchen.

Es ist auch wahrlich keine Schadenfreude dabei, wenn wir nun alle miteinander feststellen müssen, daß jetzt plötzlich auf die integrierten Gesamtschulen ein Schülermix zukommt, den die so gar nicht brauchen können.

Die Eltern sind die ewigen Systemdebatten ohnehin leid und wollen nur noch, daß ihre Kinder ohne große Ausfallzeiten einen guten Unterricht erhalten. Das haben Sie nach außen hin zwar auch vertreten, wie man aber an den Auswirkungen derzeit sieht, haben Sie ihren ideologisch bestimmten Systemwechsel stetig „mit Erfolg“

- und das war jetzt auf die Schüler bezogen ironisch gemeint - weiter durchgezogen.

Mit dem Ergebnis müssen wir jetzt alle miteinander fertig werden, aber bitte nicht zu Lasten der Eltern und der Kinder.

Und hier nun setzte ja auch unser eben besprochener Dringlichkeitsantrag an.

Stichwort- Einheitlicher Anmeldetermin für alle Göttinger Schulen

Entgegen einer klaren Ansage des Kultusministeriums soll es nach dem Willen der Göttinger Schulverwaltung auch in diesem Jahr in Göttingen einen vorgezogenen Anmeldetermin für die Gesamtschulen geben. Wir kritisieren diesen erneuten Göttinger Sonderweg und fordern die Stadt auf, die Benachteiligung der Gymnasien zu beenden und einen gemeinsamen Anmeldetermin für alle weiterführenden Schulen vorzusehen.

Einen ganz wichtigen Punkt in unserer Ablehnung des Haushalts stellt Ihre Weigerung dar, im Bereich Betreuung unserem Antrag zu folgen, und die **Kita Gebühren** erst zu reduzieren und dann ganz abzuschaffen.

Sie wollen die Gebühren erhöhen und nicht abschaffen.

Uns haben Sie - na was wohl - Populismus vorgeworfen, obwohl sich
– erst nach uns! –

auch Ihre Bundes- und Landespartei genau dasselbe Thema auf die
Fahnen geschrieben hat!

Also: Die Kita-Gebühren müssen weg – und je schneller desto besser.

Über die hohe Bedeutung der Kitas sind wir uns noch einig:

Kitas sind

- wichtig für die Integration und den Spracherwerb von Kindern,
- wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und auch ein
- wichtiger Standortfaktor,

wenn wir junge Eltern, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen, für unsere Stadt begeistern wollen.

Schon bei einem Einkommen der Eltern, das weit davon entfernt ist,
ein Spitzeneinkommen zu sein, zahlt man in Göttingen 300 bis 400 €
pro Monat pro Kind. Bei zwei oder mehr Kindern entsprechend mehr.

Nach unserer Auffassung ist hier die Belastungsgrenze schon
überschritten, und es macht wenig Sinn, gerade die Leistungsträger
unserer Gesellschaft davon abzuschrecken, eine Familie mit mehr als
einem Kind zu planen oder im Rahmen einer Bewerbung o.ä. gar nicht
erst Göttingen in Erwägung zu ziehen-

Ich weiß jetzt schon, was gleich kommt: Das können wir uns alles nicht leisten - glauben wir nicht !

In der letzten Finanzausschusssitzung wurden allein 130.000 € für Führungskräftebildungen bewilligt. Zukünftig sind für Führungskräftebildung insgesamt sogar eine halbe Million Euro vorgesehen.

Streichen Sie diese Personalmaßnahme, und Sie können auf die Erhöhung der Kita-Gebühren in diesem Jahr sofort verzichten. Es ist keine Frage des Geldes, es ist eine Frage der Prioritäten! Oder was wäre denn, wenn hier Kommunen und Land an einem Strang ziehen würden? Das Land würde die Kosten für ein weiteres Jahr übernehmen, die Kommunen das restliche – und schon wäre die entsprechenden Summen aus unserer Sicht noch besser handhabbar. Nicht nur die Göttinger CDU stellt die Kita-Gebühren in Frage. Salzgitter hat sie abgeschafft. Berlin auch. Schleswig-Holsteins rot-grüne Landesregierung rühmt sich der Einführung eines Kita-Geldes für Eltern ab dem 1.1.2017.

Also, warum können andere das, wir aber nicht? An uns hat das nicht gelegen !

Es ist vor diesem Hintergrund jedenfalls den finanziell schwerbelasteten Eltern nicht zu vermitteln, wenn – wie im Ausschuß geschehen – dann im Rahmen eines durchsichtigen Abwehrmanövers

versucht wird, die unbestreitbar notwendige Qualität gegen die Gebührenfreiheit auszuspielen – das sind Nebelkerzen!
Selbstverständlich ist beides gleichzeitig möglich.

Wir sind der Auffassung, daß in einem städtischen Haushalt mit einem Volumen von mehr als 426 Mio. Euro die Abschaffung der Kita-Gebühren keine Frage des Geldes, sondern allein eine Frage des politischen Willens ist.

Keine Lösung ist es jedenfalls, wie nun anscheinend versucht wird, den Antrag zu verschleppen, nicht im öffentlichen Jugendhilfeausschuß zu beraten und ihn der Öffentlichkeit zu entziehen, indem er im nichtöffentlichen Arbeitskreis Kibik verschwindet.

Weiter geht es mit einer familienunfreundlichen Politik der Haushaltsmehrheit.

Da ist die Ablehnung der Gelder für die **Schularbeitenhilfe** zu nennen, wo unbestreitbar wichtige Arbeit geleistet wird, gerade auch im Hinblick auf Kinder von Migrantinnen – .

Die Zuschüsse wurde im zuständigen Fachausschuß mit Mehrheit beschlossen – wurden dann im Finanzausschuß mal eben wieder gestrichen –

ist doch egal was der Fachausschuß sagt !

Auch das **Familienzentrum Nikolausberg** ist in diesem Zusammenhang zu nennen

Hier zeigte sich nun, welchen Wert die Rot-Grüne Ratsmehrheit auf die Meinung der Ortsräte legt – Keinen !

Obwohl der Ortsrat hier einstimmig (also auch die rot-grüne Mehrheit) unseren Antrag auf den 10.000,- € Zuschuß unterstützt hat, wurde dieses bei den Haushaltsberatungen einfach ignoriert, und der Antrag wurde abgebügelt.

Für die unbestreitbar wichtige Arbeit des Familienzentrums und der Beteiligten ist dies ein Schlag ins Gesicht.

Ein ähnliches Verhalten legte die Ratsmehrheit auch bei der im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Erhöhung der Förderung für die **Einrichtung Phoenix** am den Tag.

Phoenix ist eine Kinder- und Jugendberatungsstelle für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt. Durch den Wegfall eines Landeszuschusses in Höhe von 19.000 Euro ab dem Jahr 2018 ist die Arbeit der Einrichtung massiv bedroht. Im zuständigen Ausschuß wurde der Förderbetrag der Stadt Göttingen auf unser Betreiben hin um 20.000 Euro erhöht, um das entstandene Defizit auszugleichen. Doch auch dieser Beschluß wurde im Finanzausschuss wieder niedergestimmt.

Also noch einmal:

Die CDU-Fraktion hat in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/18 eine klare Position zugunsten von Kindern, Jugendlichen und Familien bezogen:

- stufenweise Abschaffung der Kita-Gebühren,
- Förderung des Familienzentrums in Nikolausberg,
- Aufstockung der Mittel für Hausaufgabenhilfen und
- mehr Geld für Phoenix.

Bei den meisten der im Rat vertretenen Fraktionen stieß die CDU mit ihren Anträgen auf breite Zustimmung. Nur die rot-grüne Haushaltsmehrheit im Rat schmetterte einen CDU-Antrag nach dem anderen in den Fachausschüssen ab. Rot-Grün hat offensichtlich andere Prioritäten

Schon aus diesen Gründen können wir dem Haushalt nicht zustimmen. Familienfreundliche Politik sieht anders aus !

Ich komme zu **Differenzen im Kulturbereich**

Noch nie ist im Rat so deutlich geworden, daß Rot-Grün den Standorterhalt des **Städtischen Museums** am Ritterplan ablehnt wie in den jüngsten Haushaltsberatungen. Das läßt sich daraus ablesen, daß zweimal der Begriff „*Städtisches Museum*“ aus den Zielen gestrichen und durch „Komplex am Ritterplan“ und die Benennung der einzelnen Gebäude („Hardenberger Hof“) ersetzt worden ist.

Da schleicht sich der Verdacht ein, erst einmal umbenennen, dann ist der Begriff schon mal weg und der Rest fällt dann leichter.

Diese Nicht-Namensnennung geschah im Bauausschuss und wurde im Finanzausschuß gegen unseren Protest noch einmal bestätigt Ein eindeutiges Bekenntnis zum Städtischen Museum am Standort Ritterplan sieht anders aus.

Es gibt keine eindeutige Aussage vom Oberbürgermeister oder der Haushaltsmehrheit, wie die Zukunftspläne für dieses wichtige Aushängeschild der Stadt aussehen werden.

Wir werden dazu einen Ratsantrag einbringen, der Klarheit über das Museum und seinen Standort schaffen soll ebenso wie über ein attraktives Übergangsprogramm, mit dem die nächsten Jahre bis zur vollständigen Sanierung der Posthaltereie, der Remise und des Hardenberger Hofes mit dem Kapellenanbau überbrückt werden können.

Nun zum Dauerbrenner, besser Dauergeldverbrenner – dem **Kuqua**.

Die Finanzierung des Gebäudes ist zwar weitgehend sichergestellt (wenn der Baukostenrahmen eingehalten wird), und auch die anderen Akteure des Nikolai-Viertels erhoffen sich eine deutliche Belebung. Bis jetzt wissen wir aber immer noch nicht, wie die Betriebskosten des Kuqua eben nicht zu Lasten des Städtischen Museums und des Ausstellungsbetriebs im Alten Rathaus aufgebracht werden können. Deshalb wird sich an unserer prinzipiellen Ablehnung des Projekts nichts ändern.

Wir sind der Meinung, daß sich mit wenig Aufwand auch im Alten Rathaus - auf fast identischer Fläche mit dem Kuqua - optimale Voraussetzungen für Fotokunst hätten schaffen lassen. Der Vorteil wäre hier, daß unsere Stadtbesucher durch die Tourist-Information darunter fast zwangsläufig dort vorbei schauen und nicht erst hingelenkt werden müssen. Einen superaufwändigen Fahrstuhl haben wir auch schon eingebaut – wofür eigentlich, wenn die Betriebskosten zu fast 100 % ins Kuqua umgeleitet werden ?

Im Hinblick auf die **Stadthalle** geht es uns an dieser Stelle nicht darum, hier eine abweichende Position gegenüber der Verwaltung herauszuarbeiten bzw. Schuldzuweisungen zu machen, da gibt es keine Schuld.

Trotzdem besteht dringender Handlungsbedarf, den wir aber auf Basis der uns vorliegenden Informationen nicht abschätzen können, Frau Schüle Rennschuh wird dazu im Rahmen der heutigen Sitzung noch mehr sagen.

Wir werden in den nächsten Wochen eine schwerwiegende und weitreichende Entscheidung zu treffen haben: Sanierung, Sanierung mit Erweiterung, Neubau.

Die Frage ist für uns, ob nicht doch einem Neubau vor der Renovierung der Vorzug gegeben werden soll. Dazu gibt es aber noch keine abschließende Meinung.

Eines möchte ich jedoch hinsichtlich der Dringlichkeit schon anmerken – wie sich in den vergangenen Sitzungen gezeigt hat, besteht akuter Handlungsbedarf aus brandschutztechnischen Gründen, inwieweit die Gefahren schon so groß sind, daß eine kurzfristige Schließung oder teure Flickarbeiten ohne langfristigen Bestand notwendig sind, vermag ich noch nicht zu sagen.

Um es mal auf den Punkt zu bringen, ich habe keine Lust – falls es zu einem Unglück kommt (siehe Loveparade in Duisburg), daß dann die Diskussionen um Verantwortlichkeiten und Haftung losgehen. Bereits jetzt sollte klipp und klar gesagt werden, wer haftet und wer unterschreibt dafür, daß es noch weitergehen kann.

Stichwort **Bauland u. Wohnungsbau**

Bei einem Thema sind sich hier im Rathaus alle einig: Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Aber schon bei den Fragen, ob mehr Einfamilienhäuser oder Etagenwohnungen mit welchem Anteil von Sozialwohnungen, ob mehr Wohnungen durch Verdichtung im Innenbereich oder mehr auf neu zu erschließenden Flächen im Außenbereich - da gehen die Meinungen weit auseinander.

Mit dem gerade in der Endphase befindlichen neuen Flächennutzungsplan besteht zumindest die Chance zu einem tragbaren Kompromiß zwischen Wohnungsbedarf und Flächenverbrauch zu kommen.

Jawohl, wir kommen nicht darum, daß wir auch neue Flächen im Außenbereich für Einfamilienhäuser ausweisen – aber sinnvolle, jawohl, wir packen auch die innerörtliche Verdichtung an, jawohl, wir werden durch die Umgestaltung des Huhtamaki-, des Gothaer und des Sartorius-Areals innerhalb der Stadt erheblichen Wohnraum schaffen können.

Was wir innerhalb der nicht vorhandenen staatlichen Förderkulisse nicht schaffen werden, ist - nach dem jetzigen Stand – allein schon der Erhalt der Anzahl sozial gebundener Wohnungen in Göttingen – ganz einfach deshalb, weil derzeit pro Jahr über 100 Wohnungen aus den altvertraglichen Bindungen herausfallen.

Um alle städtischen Fördermöglichkeiten und Interessen zu bündeln, befürworten wir die gemeinsamen Aktivitäten aller relevanten Akteure ausdrücklich, lehnen aber die stringenten rot-grünen Vorgaben aus dem vorletzten Bauausschuss mit unrealistischen Anteilen von Sozialwohnungen und zahlenmäßigen Vorgaben für die Zahl der jährlich zu erschließenden Baugebiete (4!) ebenso nachdrücklich ab.

Mit Bauen eng verknüpft ist ja der Bereich **Verkehr und Klimaschutz**, wengleich hier jetzt der ehemalige Umweltausschuß zuständig ist

Zum **Klimaschutz**

Wir verfolgen hier auf höchstem Niveau Ziele, die die EU und die Bundesregierung schon lange auf ein realistisches Maß reduziert

haben. Bei der Unterordnung aller anderer Problem unter diese Zielsetzung, wie sie mit calvinistischer Unerbittlichkeit von den Grünen regelmäßig eingefordert wird, bleiben wichtige planerische Maßnahmen mit regionaler Bedeutung (wir haben täglich 38.000 Einpendler) zwangsläufig auf der Strecke bzw. werden problematische Entscheidungen getroffen.

Schauen wir auf die **Reduzierung Stellplätze Innenstadt** – am besten Verbannung aller vierrädrigen Vehikel aus der Innenstadt.

Statt zu helfen, versteht sich die Haushaltsmehrheit aber darauf, Druck auf die Verkehrsteilnehmer auszuüben und sie zur vermeintlich richtigen Verkehrsmittelwahl zu bewegen. Unter den Oberbegriffen „Lärmschutz und Klimaplan“ oder „Verbot des Gehwegparkens durch Verkehrszeichen 315“ sowie verstärkte Geschwindigkeitskontrollen – wie gerade im Ausschuß durchgesetzt und Tempo 30 auch dort, wo es gar nicht sinnvoll bzw. statthaft ist, verbirgt sich ein ganzer Repressionsapparat.

Push und Pull wird das von Ihnen genannt, besser wären aber die deutschen Worten Nerven und Drangsalieren – Hauptsache man kriegt die Leute aus den Autos raus - und damit vielleicht aber auch gleich aus Göttingen – und das ist dann gar nicht gut für Göttingens Wirtschaft.

Wir machen das nicht mit !

Straßenunterhaltung – nur 1 EUR statt dringend erforderlicher 1,30 €/qm – wie es auch der Empfehlung der FGSV (Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen) entspricht sind im Haushalt eingeplant.

Unsere Forderung - ein schon traditioneller CDU-Antrag - doch wenigstens 1,16 € pro Quadratmeter einzusetzen, wurde mal wieder abgelehnt.

Davon werden marode Straßen aber nicht besser, und irgendwann werden wir dann noch weit fettere Rechnungen begleichen müssen, als wenn wir regelmäßig etwas mehr Geld aufgewandt hätten.

Die Straßenbauunterhaltungsmittel werden seit Jahren durch Ihre Politik nicht dem tatsächlichen Bedarf angepaßt. Die Bürgerinnen erleben es bei ihren täglichen Fahrten durch die Stadt.

Aber da die Hoffnung ja bekanntlich zuletzt stirbt, werden wir heute im Rahmen eines Änderungsantrages versuchen, hier das Lenkrad noch einmal zu drehen.

Wofür allerdings nun Geld da sein soll, das ist das – man könnte sagen - **Roringer Ampelzentrum** – hier nun 130.000,- € aus dem Fenster zu werfen, obgleich alle Fachleute dagegen sind ist Blödsinn.

Nun gut, sie sagen nicht Blödsinn sondern betonen, daß Messungen stattgefunden haben, denen zu Folge die durchschnittliche Wartezeit für den Roringer Verkehr 20 Sekunden beträgt

– 20 Sekunden ! - das ist ein Halbsatz von Herrn Holeyfleisch !

Ferner liegt die für solche Ampelanlagen nach objektiven Messungen aufgestellte Bewertungskala absolut im grünen Bereich – also überhaupt keine Notwendigkeit, das ist eben Blödsinn.

Dafür nun hunderttausende rauszuwerfen, da schaltet unsere Ampel auf Rot !

Gegen alle verkehrsplanerische Vernunft und gegen den erklärten Willen der zuständigen Straßenbaubehörde, - wenn wir da ein Ampel bauen, an wie vielen Stellen dann noch, wo sie ohne Zweifel dringlicher wären ?

Wir werden heute nochmals versuchen, diesen Irrsinn zu beenden und sind auch klar der Meinung, daß ein bloßer (grüner) “Haushaltsvermerk“ nicht dazu dienen kann, diese leidige Geschichte endgültig dem Reißwolf zu überantworten.

Sie sehen, es gibt für uns gute Gründe diesen Haushalt als Gesamtpaket nicht mitzutragen

Abschließend noch einige generelle Anmerkungen zu den Haushaltsberatungen

Was kennzeichnet die jetzt abgeschlossenen Haushaltsverhandlungen in hohem Maße?

Ein Doppelhaushalt wie jetzt für 2017 und 2018 stellt immer besonders hohe Ansprüche an Verwaltung wie Politik. Man muß allerdings aufpassen, daß frau es sich dann auch nicht einfach macht und strittige Punkte auf einen Nachtragshaushalt schiebt – dann wäre es ehrlicher, doch für jedes Jahr einen eigenen Haushalt zu verabschieden

2. Durch die Neukonstituierung des Rates im November 2016 war es speziell für die neue Hälfte Ratsmitglieder eine besondere Herausforderung, so direkt in die Haushaltsmühle einzusteigen.

3. Nicht neu war die in den Ausschußsitzungen mitunter auftretende Gewohnheit des rot-grünen Haushaltsbündnisses, gute Vorschläge anderer Fraktionen locker abzulehnen, einfach, weil sie aus der falschen Ecke kamen.

4. Und wenn Ihnen, liebe SPD-Fraktion, dies die Verwaltung nicht ins Stammbuch schreibt, dann sollten Sie wenigstens von uns hören, daß Überheblichkeit und Unpünktlichkeit eine besonders unangenehme Kombination darstellen. Es war sowohl auf der politischen wie auf der Verwaltungsseite kaum mehr möglich, auf ihre Änderungsvorschläge zu reagieren, weil sie uns erst wenige Stunden vor den jeweiligen Sitzungen erreicht haben.

Wenn Sie sich - unabhängig von den Etatberatungen - erlauben, als Fraktion nur noch alle 14 Tage zu tagen, dann ist Ihnen das

unbenommen – aber dann müssen Sie sich bei Ihren daraus zwangsläufig resultierenden Vertagungswünschen (wegen ständigen Beratungsbedarfs) schon fragen lassen, ob sie hier im Rathaus noch so etwas wie Meinungsführerschaft behaupten wollen.

5. Der Jugendhilfeausschuss ist per Satzung extra als Ausschuß mit einer erweiterten personellen Zusammensetzung definiert. Wozu brauchen wir diese Institution etc., wenn dessen mehrheitliche Beschlüsse hinterher vom rot-grünen Haushaltsbündnis wieder rausgekegelt werden – Beispiele habe ich genannt.

6. Im Personalausschuss war unser Vorschlag, die seit Jahren betriebene, aber etwas in Vergessenheit geratene „**Aufgabenkritik**“ wieder in die Ziele aufzunehmen, abgelehnt worden – und, oh Wunder, durch einen Vorschlag der Grünen ist er doch wieder reingerutscht – ein klassisches Beispiel, wie gute Vorschläge nur deshalb erst einmal abgelehnt werden, weil sie aus der falschen Ecke gekommen waren – gleichwohl.

Wir haben das Ziel im EHP 50 Stellen einzusparen – ich weiß um die Problematik der Migranten - aber wir müssen daran arbeiten - da ist noch Geldpotential vorhanden.

Was immerhin in diesen HH-Verhandlungen erreichen werden konnte – kleine aber feine Punkte:

- Dynamisches Parkleitsystem ist mit 40 T EUR Planungskosten schon für 2017 vorgesehen
- Verknüpfung des städtischen Radwegenetzes mit (Freizeit-)Netz des Landkreises – das war über Jahre weg unser Anliegen – jetzt ist es von der SPD wieder reingebracht worden!
- Rückepferde zur pfleglichen Holzernte sollen vermehrt eingesetzt werden, Sicherung des naturgemäßen Waldbaus ist festgeschrieben worden
- Berufsfeuerwehr und freiwillige Feuerwehren können sich nach den Haushaltsbeschlüssen nicht zuletzt auf unser Drängen hin, siehe Esebeck und Weende durchaus oder sogar sehr zufrieden zeigen.
- eine bereits bestehene Richtlinie innerhalb der Verwaltung zum respektvollen Verhalten am Arbeitsplatz (Stichwort Belästigung von Frauen) ist auf unser Betreiben hin aktualisiert und überarbeitet worden

Trotzdem gibt es für Politik und Verwaltung im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen keinen Grund, sich selbstzufrieden zurück zu lehnen.

Also packen wir es an – aber halt, das sind nun auch wieder so geflügelte Worte die keiner mehr hören kann: *Anpacken und Ärmel hochkrempeIn.*

Aber so schließt sich auch der Kreis meiner Rede – ich denke es reicht, wenn wir uns auch zukünftig konstruktiv und mit Respekt voreinander bemühen.

Manchmal reicht Mühe ja doch.

Vielen Dank !